

Gemeinsame Erklärung des Oberbürgermeisters und der Ratsfraktionen
von SPD, CDU, GRÜNEN, FDP, DIE LINKE und EBB

„NPD-Landeszentrale in Essen unerwünscht“

Der Oberbürgermeister und die Fraktionen im Rat der Stadt Essen sind empört und zeigen sich besorgt darüber, dass die NPD mit ihrer Landeszentrale nach Essen umgezogen ist. Die NPD ist in Essen nicht willkommen. Das haben nicht zuletzt zahlreiche Veranstaltungen gegen rechte Kräfte hier in Essen gezeigt.

Die Essener Bürgerinnen und Bürger stehen für eine tolerante und weltoffene Stadt. Gemeinsam mit Politik und Verwaltung gilt es nun, im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten alles zu tun, damit der Umzug der NPD nach Essen nicht zu Störungen des Miteinanders und des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion führt.

Der Oberbürgermeister und die Fraktionen im Rat der Stadt nehmen die aktuelle Besorgnis zum Anlass, um an Bund und Land zu appellieren, die rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zur Prüfung eines erfolgreichen Verbotsantrages zu schaffen, um einen erneuten Versuch zum Verbot der NPD unternemen zu können.

Essen, 26. September 2012

Reinhard Paß
Oberbürgermeister

Rainer Marschan
SPD-Fraktion

Thomas Kufen
CDU-Fraktion

Hiltrud Schmutzler-Jäger
GRÜNEN-Fraktion

Hans-Peter Schöneweiß
FDP-Fraktion

Hans Peter Leymann-Kurtz
Fraktion DIE LINKE

Udo Bayer
EBB-Fraktion